



Liebe Genossinnen und Genossen,

in den letzten Wochen hat uns als Fraktion selbstverständlich auch die strategische Frage der Vertretung der SPD in einem Fünf-Parteien-System stark beschäftigt. Der Auftritt der SPD ist derzeit keineswegs glanzvoll und wir alle merken dieses auch an den Ständen, bei Veranstaltungen, in Gesprächen mit Bekannten. Am liebsten würde ich für mindestens zwei Wochen den Genossen ein Schweigegebot auferlegen. Es ist auch frustrierend, dass in den Medien mindestens mit zweierlei Maß gemessen wird. Schwarz-Grün wird als Aufbruch erlebt, steht vermeintlich für das Überwinden von Lagerdenken. Wir dagegen sollen in einen politischen Käfig gesperrt werden, der uns einen andauernden JuniorInnenplatz in einer Großen Koalition „zuweist“ - dagegen verwehre ich mich auf das Stärkste! Die medial angezündelte Debatte um eine Urwahl dient ebenfalls nicht der Stärkung unserer SPD bzw. unserer Führungsriege.

Wir müssen sehr viel stärker zu unserem Hamburger Grundsatzprogramm stehen als es die Medien der Bevölkerung derzeit glauben machen lassen wollen. Unsere Inhalte und Ziele sind zukunftsfähig!

Ein Meilenstein der sozialdemokratischen Geschichte ist die Verweigerung der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder des deutschen Reichstages dem „Ermächtigungsgesetz“ zuzustimmen. Am 23. März 1933 hat die Mehrheit des Parlamentes die Demokratie niedergestimmt und den Weg in die nationalsozialistische Diktatur geebnet. Indem die Reichsverfassung von Weimar außer Kraft und das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ in Kraft gesetzt wurde, konnte Hitlers Regierung nun ohne Zustimmung des Parlamentes agieren, konnte Verfassung und Parlamentarismus, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde mit Füßen treten. Trotz bitterer parteiinterner Auseinandersetzungen über den richtigen Weg zur Bekämpfung des Nazismus hat die SPD-Fraktion, haben die anwesenden 94 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geschlossen in einer namentlichen Abstimmung mit „Nein“ votiert. Die übrigen 26 waren schon im Exil, verhaftet, lagen schwer misshandelt im Krankenhaus.

Ich traure um Lilo Strachmann, Landesvorsitzende der AG 60plus, mit der ich noch einen Tag vor ihrem plötzlichen Tod telefoniert hatte und die mich für zwei Veranstaltungen im April eingeladen hat. Gerade der Kampf gegen den Rechtsextremismus war ihr ausgesprochen wichtig. Wir haben eine sehr menschliche und sehr politische Genossin verloren.

►► Informationen aus dem Bundestag

Gesetzliche und andere Neuregelungen

Anfangs des Monats haben wir das **Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten** beschlossen. Mit dem Gesetz werden die Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste erheblich verbessert. Die Jugendfreiwilligendienste als Bildungs- und Lernorte und besondere Formen des bürgerschaftlichen Engagements werden weiterentwickelt und ihre Qualität verbessert.

Mit der **Ratifizierung des EU-Reformvertrags** (Vertrag von Lissabon) haben wir uns in 1. Lesung am 13.3. beschäftigt. Durch das Vertragsgesetz sollen die von deutscher Seite erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon geschaffen werden. Der Vertrag stärkt die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU, den Grundrechtsschutz durch die Rechtsverbindlichkeit der europäischen Grundrechtecharta sowie die Rechte des Europäischen Parlaments. Er schafft Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle. Wir werden uns als SPD ausführlich mit dem Lissabon Vertrag am **7. April 2008** (vgl. Terminleiste) auseinandersetzen.

Am 14. März haben wir das **Pflege-Weiterentwicklungsgesetz** im Plenum in 2./3. Lesung verabschiedet. Diese Reform wird zum 1.7. dieses Jahres in Kraft treten. Die Pflegeversicherung hat sich seit ihrer Einführung 1995 bewährt. Inzwischen erhalten zwei Millionen Pflegebedürftige jeden Monat Versicherungsleistungen. Dadurch konnte die Abhängigkeit vieler pflegebedürftiger Menschen von der Sozialhilfe verhindert werden. Heute sind lediglich fünf Prozent der Pflegebedürftigen in häuslicher Pflege und etwa 25 Prozent der stationär versorgten Menschen auf zusätzliche Sozialhilfeleistung angewiesen. Der Anteil von älteren und hochbetagten Menschen in der deutschen Bevölkerung wächst stetig. Es wird davon ausgegangen, dass 2030 etwa drei Mio. Menschen pflegebedürftig sein werden - wegen körperlicher, geistiger aber auch psychischer Beeinträchtigungen. Ansteigen wird die Zahl der Demenzerkrankten. Ziel unserer Fraktion ist es durch die Pflegereform, die Lebenssituation der pflegebedürftigen Menschen, der pflegenden Angehörigen und der Pflegekräfte zu verbessern. Die wichtigsten Maßnahmen in Kürze:

- Schrittweise Erhöhung der Leistungsbeträge

Die Sachleistungsbeträge werden bis 2012 schrittweise in den drei Pflegestufen in der ambulanten Pflege angehoben werden. Im stationären Bereich erfolgt die Erhöhung der Sachleistungen für die Pflegestufe III und bei Härtefällen. Außerdem wird das Pflegegeld für pflegende Angehörige angehoben.

- Die Einrichtung von Pflegestützpunkten als wichtiger Baustein kommunaler Infrastruktur bei einer älter werdenden Gesellschaft.

Diese sollen wohnortnah eingerichtet werden, so dass die Angebote für Pflegebedürftige direkt vor Ort besser aufeinander abgestimmt und miteinander vernetzt werden. Diese wichtigen Anlaufstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige, in denen ein sog. Fallmanagement durch qualifizierte Pflegeberater/innen sowie umfassende und unabhängige, vernetzte Beratung angeboten wird, müssen von den Pflege- und Krankenkassen dann eingerichtet werden, wenn die Bundesländer dieses wollen. Für Berlin können bei maximaler Ausfinanzierung 59 Pflegestützpunkte eingerichtet werden.

- Einen zusätzlichen Leistungsbetrag erhalten künftig Menschen mit Demenz-, Alzheimererkrankung oder mit geistiger Behinderung.

Der Betrag von 100 bis 200 Euro wird zusätzlich zu den Pflegeleistungen gezahlt und kann auch von Menschen, die keine Pflege sondern Betreuung benötigen, in Anspruch genommen werden. Auf Vorschlag der SPD werden künftig zusätzlich pro 25 Demenzerkrankte in Heimen sog. Betreuungsassistenten/innen finanziert, die altersverwirrte Menschen bei der Bewältigung ihres Tagesablaufes unterstützen und ihnen auch die notwendige Zuwendung und Betreuung entgegenbringen können.

- Zur besseren Qualität und Transparenz in der Pflege ist u. a. die Entwicklung von Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Pflege vorgesehen.

Die Qualitätsprüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen werden nun einmal jährlich durchgeführt. Die Kontrollen sollen überwiegend ohne Vorankündigung stattfinden und die Prüfergebnisse in verständlicher Form und leicht zugänglich gemacht werden.

- Pflegezeiten für Angehörige

wird es in Betrieben mit mehr als 15 Mitarbeitern/innen durch eine Freistellung von bis zu sechs Monaten, allerdings ohne Lohnfortzahlung, geben. Sie werden in dieser Zeit über die Pflegekasse sozialversichert.

- Finanziert werden die Verbesserungen im Pflegebereich durch Erhöhung des Beitragsatzes der Pflegeversicherung um 0.25 Beitragssatzpunkte (erste Erhöhung seit 1995).

Die Beitragsatzerhöhung stellt die Finanzierung bis 2014/2015 sicher. Einen Anstieg der Lohnnebenkosten wird es nicht geben, da die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden.

Unser Ziel bleibt nach wie vor die BürgerInnenversicherung Pflege und ebenso wollen wir auch eine bezahlte Freistellung bei akut auftretendem Pflegebedarf erzielen – beides wird eine wesentliche Rolle im anstehenden Wahlkampf spielen.

▶ **Aus dem Ausschuss für Gesundheit**

Bereits im März und auch in den kommenden Monaten sind neben Krankenhausfinanzierung, Morbi-RSA, etc. u.a. folgende Einzelthemen für mich von hoher Bedeutung, da ich entweder Berichterstatterin der SPD-Fraktion oder Mitglied der entsprechenden Arbeitsgruppen bin:

- Künstliche Befruchtung:

Eine künstliche Befruchtung findet unter entsprechenden Rahmenbedingungen statt, wie ich in meiner Rede ausführlich darlegt habe. Ich bin der Meinung, dass der Kinderwunsch etwas sehr bedeutsames für die Identität von Männern und Frauen ist. Dass Kinder zunehmend später geboren werden, ist ein wesentlicher Grund auch für Probleme bei der Empfängnis- bzw. Zeugungsfähigkeit. Ich möchte gerne, dass wir in der anstehenden Debatte nicht nur das breite Feld der Reproduktionsmedizin diskutieren sondern verstärkt auch die familienpolitischen Aspekte.

- Genitalverstümmelung

Genitalverstümmelung ist auch ein Thema für Deutschland. Schätzung besagen, dass bereits 30.000 beschnittene Mädchen und Frauen hier leben, es könnten bis zu 80.000 werden.

- Änderung des Stammzellgesetzes

Am 11.04. findet die namentliche Abstimmung hierzu statt. Ich selber stimme der einmaligen Verschiebung des Stichtages und einigen Klärungen zur Stärkung der Rechtssicherheit zu.

- Patientenrechtsgesetz

Es bedarf hier einiger Klarstellungen, u.a. um mehr Transparenz willen.

▶ **Aus dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

- Sicheres Spielzeug

Leider ist nicht jedes Kinderspielzeug sicher. Seit drei Jahren arbeitet die Europäische Kommission an der Überarbeitung der EU-Spielzeugrichtlinie von 1988, die zwar nun auch ein Verbot zahlreicher gesundheitsschädlicher Substanzen, die Krebs erregen, das Erbgut verändern oder Allergien erzeugen können, sowie strengere Sicherheitsanforderungen und auch bessere Einfuhrkontrollen vorsieht. Uns genügt das aber keineswegs. Wir wollen das deutsche GS-Zeichen („Geprüfte Sicherheit“) zunächst weiter beibehalten, da hiermit nur Produkte ausgezeichnet werden, deren hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards auch in Bezug auf Sicherheit von unabhängigen Prüfstellen gewährleistet werden. Die Industrie bevorzugt die europäische CE-Kennzeichnung, die aber letztlich nur eine Selbstauskunft der Anbieter ist und häufig eine Scheinsicherheit vorgaukelt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein generelles Verbot krebserregender, erbgut- und fortpflanzungsschädigender Stoffe anzustreben, da die bisher vorgesehenen Ausnahmen dem notwendigen Schutz keineswegs gerecht werden. Komplette verboten werden sollen auch allergene Duftstoffe im Spielzeugbereich. Wir wollen weiterhin, dass zum Wohle der Kinder Spielzeug aus Kunststoffmaterialien mit so genannten Lebensmittelbedarfsgegenständen gleichgesetzt wird, sofern das Spielzeug in den Mund genommen werden kann.

▶▶ **Informationen aus Tempelhof-Schöneberg**

Mit großem Enthusiasmus wurden im März erneut Führungen für Kinder als auch zwei im Rahmen des Tempelhof-Schöneberger Frauenmärzes durchgeführt. Die mir zur Verfügung stehenden Kontingente werden alle ausgeschöpft, bieten sie doch eine Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger auf eine sehr anschauliche Weise mit Institutionen der Demokratie in Berührung zu bringen.

Themen der Gespräche mit BürgerInnen im Wahlkreisbüro waren u.a. die Riester-Rente, Erfahrungen mit unserem Job-Center und der Themenkomplex Gewalt an Schulen aber auch - auch auf dem Hintergrund des Todes des 14jährigen Mädchens am Tempelhofer Damm - Bestrebungen von BürgerInnen, die Verkehrswege sicher zu gestalten. Mit Vertretern der Initiative Dresdener Bahn wurde ein aktuelles Dialog geführt, da diese derzeit an einer Anhörung im Verkehrsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses teilnehmen und ich dieses Thema selbstverständlich

auch beim DB-Vorstand angemahnt habe. Ein großes Thema ist und bleibt die Schließung Tempelhofs.

► Eine Auswahl meiner anstehenden Termine / Veranstaltungen

- 02.04.08, 11.00 Uhr AG 60 plus, Gemeinsam gegen Rechts
Topographie des Terrors (Ecke Wilhelmstr./Niederkirchnerstr.)
- 04.04.08, 19.00 Uhr Wie wollen wir Gleichstellung finanzieren?! Bericht von der 52. UN Frauenrechtskommission in New York und Diskussionen zu Konsequenzen für Deutschland
Rathaus Schöneberg, R. 2013 - Casino
- 07.04.08, 20.00 Uhr Für ein soziales, demokratisches und sicheres Europa:
Der Vertrag von Lissabon
Mit: Dr. Angelica Schwall-Düren (MdB), stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion zuständig für Angelegenheiten der Europäischen Union
Rathaus Schöneberg, Raum 1110
- 10.04.08 Begleitung von Kurt Beck bei seinem „Berlin-Tag“ u.a. bei einem berufsbildenden Träger in Tempelhof-Schöneberg und im Geriatriezentrum Charite
14. - 15.04.08 Gleich behandelt?! Gesundheitspolitik aus Frauensicht
Im Mittelpunkt dieser gesundheitspolitischen Tagung steht die Frage nach der Gleichstellung von Frauen im Gesundheitswesen. Als Berichterstatteerin für den Bereich Frauengesundheit bin ich gefragt. Das Programm der Fachtagung ist zu finden unter: www.ev-akademie-boll.de/agb.html
- 16.04.08, 18.30 Uhr Macht und Schutz der Verbraucher/innen
- Perspektiven einer modernen Verbraucherpolitik
Beitragsfrei, Anmeldung bis 9. April, Veranstaltung K 7; beim August Bebel Institut, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Tel. 4692-122, Fax (030) 4692-124, Email : kontakt@august-bebel-institut.de
Verbraucherpolitik hat in den letzten Jahren die Verbraucher/innen stärker mit in die Verantwortung genommen. Verbraucher/innen haben Macht! Aber diese Macht bedeutet Arbeit: Wir müssen die Strompreise unterschiedlicher Anbieter vergleichen. Wir informieren uns über die »richtige« Rentenversicherung. Wir sollen im Supermarkt Nährwerttabellen studieren und verstehen, um uns gesund zu ernähren. Wir wollen für unsere Kinder gesundes Spielzeug kaufen und für die Oma das richtige Pflegeheim finden.
Welche Anforderungen stellen Verbraucher/innen an die Verbraucherpolitik? Welche Rahmenbedingungen schafft Verbraucherpolitik, um uns in die Lage zu versetzen, uns zu informieren und verantwortungsbewußt zu entscheiden? Wie kann der Verbraucherschutz sozial gestaltet werden, so dass auch bildungsfernere und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen ihre Macht als Verbraucher/innen besser wahrnehmen können?
Moderation: Pamela Dorsch, gender+. Referentinnen: Mechthild Rawert, MdB, Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Gabriele Francke, Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Berlin
18. - 20.04.08 Unterstützung Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein: Themenstellungen sind u.a. die Entwicklung ländlicher Räume, Klimaschutz und Landwirtschaft, Frauenförderung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie
24. 04.08 Übernahme von drei Schülerinnen im Rahmen des Girl s Day

► Kontakt

Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, MdB
Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin

Tel: 030/720 13 884, Fax: 030/720 13 994
eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de
WEBSITE: www.mechthild-rawert.de